

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

7.3.1923 (No. 56)

Expedition: Karlsruher Str. 14
Zemmelbacher: Nr. 953
und 954
Festschrift: Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. A. M. e. n. d. Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für März 1923 4. — Einzelnummer 150. — Anzeigenpreis: 125. — für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Diabot, der als Kassenabgabe gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, sprachlicher Beseitigung und Annullierung fällt der Diabot fort. Erschließungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Dr. Cuno gegen das Unrecht an der Ruhr.

* Die gestrige Reichstagsrede des Reichskanzlers Dr. Cuno faßt alle die Punkte zusammen, die den Rechtsbruch Frankreichs und seine Vergeßlichkeiten ins rechte Licht rücken. Und sicherlich wird dieser Hauptteil der Rede im Inland und überall dort im Ausland, wo man noch einigermaßen gerecht empfindet, einen starken Eindruck hervorrufen. Inwieweit dieser Eindruck sich umsetzen wird in Handlungen zu unserem Nutzen und zu unserer Unterstützung, das ist allerdings eine andere Frage. Auch der Reichskanzler hat ja gestern an zwei Stellen betont, daß das deutsche Volk in seinem Kampf um das Recht heute noch allein steht. Und irgend welche Mitteilungen, die eine Intervention zu unseren Gunsten in absehbarer Zeit erhoffen lassen, hat der Reichskanzler nicht gemacht.

Andererseits hat Dr. Cuno den furchtbaren Ernst der ganzen Situation ausdrücklich unterstrichen. Er hat eindringlich an das deutsche Volk appelliert, nicht zu optimistisch zu sein und den Kampf so ernst und so schwer aufzufassen, wie er in Wirklichkeit ist.

Der Reichskanzler und mit ihm die Reichsregierung werden sich demgemäß auch sicherlich darüber klar sein, daß alle die Enttäuschungen, die bisher Frankreich bei seiner Aktion im Ruhrgebiet erlitten hat, den französischen Willen zur Durchführung des Pariser politischen Programms nicht lähmen werden. Das französische Volk weiß ganz genau, daß es ein hoher Preis ist, um den jetzt gerungen wird, nämlich die politische und wirtschaftliche Herrschaft über den Kontinent. Und mögen die Enttäuschungen im einzelnen auch noch so groß sein, so ist die Tatsache, daß heute Frankreich mit Waffengewalt das Ruhrgebiet besetzt hält, ja nicht zu bestreiten. Ebenso ist nicht zu bestreiten, daß bisher auch noch nicht ein einziger Staat außerhalb Deutschlands irgend welche nennenswerte Schritte unternommen hat, um Frankreich wieder aus dem Ruhrrevier herauszubringen.

Das Ziel der französischen Politik liegt ja heute ganz klar vor den Augen der Welt. Man will erstens politisch und militärisch Deutschland auf die Dauer dermaßen schwächen und zur Ohnmacht verurteilen, daß es als ernst zu nehmender Gegner für Frankreich nicht mehr in Betracht kommen kann. Und man will sich wirtschaftlich die Herrschaft über die Kontrolle über die Ruhrkohle sichern, um so die beiden wirtschaftlichen Machtfaktoren französisches Erz und deutsche Kohle in der Hand zu haben.

Beide Ziele gehen natürlich ineinander über und ergänzen sich gegenseitig. Sicher auf der einen Seite die Ohnmacht Deutschlands die wirtschaftliche Ausnutzung des Ruhrreviers, so sichert andererseits die wirtschaftliche Beherrschung der Ruhrkohle die militärische Überlegenheit Frankreichs. Die Vereinigung von Erz und Kohle müßte es Frankreich ermöglichen, eine Rüstungsmaschine zu unterhalten, die so beschaffen ist, daß später keine Macht der Erde daran würde denken können, den Kampf mit Frankreich aufzunehmen.

Was folgert daraus? Für uns natürlich nur das Eine, daß wir in unserem passiven Widerstand beharren müssen, um zum allermindesten Zeit zu gewinnen. Und insofern kann jetzt von irgend welchen Verhandlungen nicht die Rede sein. Es wird Sache der Reichsregierung sein, von sich aus den Zeitpunkt zu bestimmen, an welchem Verhandlungen eingeleitet werden können. Natürlich kann es sich, wenn man von Verhandlungen spricht, dabei nur um eine ehrliche Vereinbarung auf der Grundlage der Gleichberechtigung handeln. Und das hat auch der Reichskanzler gestern mit aller Entschiedenheit betont. Er hat gesagt: Wir werden im passiven Widerstand beharren, bis wir eine vernünftige und einen wahrhaften Frieden sichernde Verständigung erzielt haben.

Was folgert nun aber aus der ganzen Situation für England? Unseres Erachtens doch nur das Eine, daß es allmählich für England höchste Zeit wird, sich etwas aktiver an der Erledigung einer Frage zu beteiligen, von der nicht nur das Wohl Deutschlands, sondern auch das Wohl Englands abhängt. Denn, wenn man die Dinge richtig sieht und beim rechten Na-

men nennt, so führen wir heute einen Kampf auch für Englands Interessen. Es wäre für England der schwerste Schlag, der es treffen könnte, wenn das Programm Poincarés verwirklicht würde. Wenn dem aber so ist, wird England wohl schon in nächster Zeit irgend etwas unternehmen müssen, um die Verwirklichung dieses Programms zu verhindern.

Die Franzosen scheinen übrigens entschlossen zu sein, dieses ihr Programm bei einer nunmehr auch von ihnen verlangten Revision des Friedensvertrags von Versailles im neuen Vertrag als vertragsrechtlichen Gegenstand einzufügen. Nach ganz bestimmten Mitteilungen, die dem Pariser Berichterstatter der „Times“ von amtlicher Seite gemacht worden sind, fordert auch Frankreich heute eine Revision des Friedensvertrages, aber natürlich im entgegengesetzten Sinne, wie Deutschland solches fordert. Nach französischer Auffassung ist der Friedensvertrag für Frankreich

ungenügend und soll demgemäß ergänzt werden. Die praktische Folge dieser Ergänzung wäre, wie aus den Mitteilungen hervorgeht, so, daß Frankreich das linke Rheinufer und das Saargebiet restlos annektieren, den rechtsrheinischen Teil der Rheinprovinz aber mit samt dem Ruhrgebiet unter französische Kontrolle stellen könnte.

Vielleicht werden diese Forderungen der Pariser Regierung auch den verblendeten Engländern endlich die Augen öffnen, und man wird endlich in der ganzen Welt einsehen, daß es keinen Frieden und keinen friedlichen Wiederaufbau geben kann, solange Frankreich seine imperialistischen Ziele weiter verfolgt. Einstweilen führt Deutschland — man kann ruhig sagen: für die ganze Welt — jenen Abwehrkampf, der nötig ist, um Europa vor einer französischen Willkürherrschaft und ihren unabsehbaren Folgen zu bewahren.

Die Reichskanzlerrede im Reichstag.

„Passiver Widerstand, bis wir eine vernünftige und einen wahrhaften Frieden sichernde Verständigung erzielt haben...“

Sitzungsbeginn nachmittags 5 Uhr. Die Tribünen des Reichstages waren schon lange vor Beginn der gestrigen Sitzung bis auf den letzten Platz besetzt und auch draußen vor den Eingängen drängte sich die Menge. Um 1/6 Uhr betrat der Reichskanzler den Saal.

Präsident Käbe eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache. Die frühere Einberufung des Hauses sei notwendig geworden angesichts der immer ungeheurer werdenden Herausforderungen und Quälereien unserer Bevölkerung durch die Weisungsarmee im Ruhrgebiet. Ein Wort folge auf den anderen; eine Brutalität werde durch eine andere abgelöst. Selbst Kinder werden von den französischen Soldaten mit den Bajonetten verjagt (Stürmische Pfuirufe). Unsere pflichttreuen Beamten werden mit dem Tode bedroht (Neue Pfuirufe). Die Reichsregierung und der Reichstag müssen jetzt ihre Stimme erheben vor der ganzen Welt zum Protest gegen die Brutalität, die nur zu einer wachsenden Flut des Hasses führen könne (Lebhafte Pfuirufe).

Der Präsident widmete dann, während sich die Abgeordneten von den Sitzen erhoben, dem verstorbenen deutschen Vorkämpfer in Paris Dr. Mayer-Kaufmann einen herzlichen Nachruf. In einer kritischen Zeit habe er sein schwieriges Amt in der französischen Hauptstadt bekleidet, wo leider die Gedanken des Hasses und der Verheerung am wenigsten abgetrieben sind, das ihn bewog, diese schwierige Aufgabe zu übernehmen und für die Pflichttreue, mit der er sie ausübte, zu danken.

Darauf trat das Haus in die Tagesordnung ein, auf der die Entgegennahme einer Regierungserklärung stand.

Reichskanzler Dr. Cuno:

In den Morgenstunden des 3. März haben ohne jedwede Anündigung französische Truppen den Rhein überschritten, das Ruhrgebiet, die Zoll- und Werftanlagen von Mannheim besetzt, die Herrschaft über den Hafen von Karlsruhe ergriffen, die Eisenbahnwerkstätte und das Elektrizitätswerk der heftigsten Landeshauptstadt besetzt. Würde das irgendwo sonst geschehen, so würde die Welt voller Entrüstung über eine solche Tat sein. (Sehr wahr!) Da es in Deutschland geschieht, so heißt man es eine kleine Erweiterung der Ruhraktion, keines besonderen Aufhebens wert. Und Frankreich selbst bemüht sich, den Schein des Zusammenhangs des Unrechts mit dem Unrecht an der Ruhr herzustellen. Nach Vollziehung der Gewalt hat es eine Note gefandt, in der behauptet wird, der Rhein-Herne-Kanal sei durch die absichtliche Verletzung von Röhren gesperrt worden. Die französische Regierung habe beschlossen, als Vergeltungsmassnahmen (Gelächter) die Häfen von Mannheim und Karlsruhe und die Eisenbahnwerkstätte von Darmstadt zu besetzen. Also weil im Rhein-Herne-Kanal, mitten im deutschen Binnenland, Klähne versetzt worden sind, eine Behauptung zunächst, der keine Feststellung worden sind, eine Zusammenhangs mit den Maßnahmen der deutschen Regierung vorausging, wird neues Gebot besetzt. Dieser Rechtsbruch reißt sich an den Einbruch, den Frankreich mit der Besetzung der Städte Offenburg und Appenweier mit leerer Begründung bewirkte, daß das die Strafe für den Ausfall einiger Schnellzüge und allgemeine Verfehlung sei. Er reißt sich an den am Niederrhein begangenen Rechtsbruch durch die Besetzung der Städte Emmerich und Wesel und an die Einbrüche am Mittelrhein, wo von Frankreich Königswinter, Gans und Koch ohne Rechtsgrund, ja sogar ohne irgend einen Vorwand (Sehr richtig!) besetzt wurden; aus keiner anderen Ursache, als weil dem Franzosen die im Friedensvertrage vorgesehene Vorgehung der Brückenköpfe nicht mehr gefiel, ein Vorgehen, das im englischen Unterhaus der Regierungsbereiter als der vertragsmäßigen Grundlage entbehrend, erklärte. (Hört, hört!)

Wenige Tage von dem Einbruch hat Frankreich die berüchtigte Verordnung Nr. 147 erlassen. Jeder, der durch freiwillige Handlung oder Enthaltung einen Eisenbahntransport gefährdet, wird, wenn ein tödlicher Unfall verursacht worden

ist, oder hätte verursacht werden können, mit dem Tode bedroht. Jede Gefährdung eines Eisenbahntransportes, die eine Unterbrechung des Verkehrs zur Folge hat oder hätte haben können, wird mit Zuchthaus oder mit Gefängnis nicht unter 10 Jahren bestraft. Dieser Strafbedrohung ist außer dem Täter in gleicher Weise der Leiter des Dienstzweiges unterworfen, innerhalb dessen Transportgefährdungen vorgekommen sind. (Hört, hört!). Würde es den französischen Gewalthabern nur darauf angekommen sein, den Eisenbahnverkehr im besetzten Gebiet gegen Gefährdungen in gleicher Weise zu schützen wie in anderen Ländern, so würde es dazu dieser Verordnung nicht bedürftig haben. Was diese Verordnung bezweckt ist

Terror gegen die Eisenbahnen.

Durch die Strafbestimmungen von so unerhörter Grausamkeit sollen die Eisenbahner gezwungen werden, sich in Widerspruch mit dem Dienst, ihren vaterländischen Pflichtgefühlen und Gewissen stetig an den rechtswidrigen Aktionen Frankreichs und Belgiens gegen Deutschland zu beteiligen.

Diese Blutverordnung in Verbindung mit den neuesten Einbrüchen zeigt, daß Frankreich nun jede Form des Rechts ohne Scham preisgibt. Die französische Regierung hat in allen ihren wirtschaftlichen Berechnungen Enttäuschungen erfahren, in allen politischen Kombinationen Fehlschläge erlitten. Der Haß, der dadurch zwischen den beiden Nachbarvölkern entstanden ist, wird schwer abzutragen sein. Ein unter den furchtbarsten Opfern aufgezwungener Friede,

in dessen Erfüllung unser Volk bis zur buchstäblichen Verarmung gearbeitet hat, wird durch das Vorgehen Frankreichs mit Füßen getreten, ohne daß irgend jemand einen Finger rührt, um das gemeinfame Wohl zu schützen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Spannung nicht zur Gefahr anwachsen soll, haben wir heute die Pflicht, erneut das Unrecht festzustellen und unser eigenes Recht entgegenzustellen und die Welt zu warnen. Unrecht auf Unrecht bis zur Unertlichkeit zu häufen, das ist nicht mit der Überreichung einer diplomatischen Note abgetan und duldet keinen Aufschub, auch nicht um einen Tag.

Der Reichskanzler erinnert daran, daß er die erfolgversprechende Reise nach Süddeutschland aufgeschoben habe, um offen und wahr, wie stets, zum deutschen Volk zu sprechen. Unser Schild ist blank. Wir haben nichts zu verheimlichen.

Vor 7 1/2 Wochen war es, als wegen der Unvollständigkeit der deutschen Holz- und Kohlenlieferungen die Ingenieurkommission ins Ruhrgebiet entsandt wurde. Frankreich betonte damals, daß es sich um keine militärische Besetzung handele. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Mit der Passivseite begonnen, umfaßt schon das militärische Schutzkommando 6 Divisionen mit 2 Generalkommandos, etwa 75 Tausend und Hunderte von Flugzeugen. Es umfaßt weiße und farbige Truppen. Das normale Leben der Bevölkerung, das Frankreich durch Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wahren wollte, wurde gleich dadurch gestört, daß es verlangte, daß seine Befehle von den Beamten und Nichtbeamten vollzogen würden. Anfangs wurden Rechtsvorwände vorgeschützt. Später wurde auch die Suche danach den geübten Advokaten zu mühevoll und schwierig. Man kümmerte sich nicht mehr um Rechtsgründe. Man rechnete aber nicht mit der alten Beamtenkreise. Zwang und Druck sollen helfen, als Warnung und Mahnung vergeblich blieben. Ausweisungen und Verhaftungen haben einen großen Umfang angenommen. Der Reichskanzler weist das an Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials nach. Das Verfahren ist auch für Massenarrestationen einfach genug: Die Türe geht auf, Offiziere und Gendarmen treten ein, packen den Beamten und fort geht es ins Gefängnis. Es folgt eine rasche Anklageerhebung vor dem Kriegsgericht mitten im Frieden und im Dienst friedlicher Ingenieurkommissionen. Lange Gefängnis- und hohe Geldstrafen sind das Schicksal der Männer, die dem Vaterland die Treue halten. Die Untersuchungsräume der Verhafteten sind

berart, daß selbst der geringste Grad der französischen Kleinheitsbedürfnisse sich der Bloßstellung schämen müßten. (Bewegung und Rührung.) Die Ehre der deutschen Männer wird durch eine solche Gefangenschaft nicht vermindert, sondern vermehrt.

Der Reichskanzler weist darauf hin, daß große deutsche Behörden ihrer Säupter und Mitglieder beraubt sind, daß große Städte ohne Bürgermeister sind. Die Ausweisungen seien mit überlegter Grausamkeit

vollzogen worden, denn der Eindringling weiß genau, wie groß die Wohnungsnot im unbefetzten Gebiet ist. Die Abfertigung der Ausgewiesenen ins unbefetzte Gebiet wird unglaublich rücksichtslos vollzogen. Der Reichskanzler nennt aus der Fülle der Rechtsbrüche einige besonders kritische Beispiele. Der 60-jährige Oberbürgermeister von Oberhausen wurde festgenommen, weil er es ablehnte, den Betriebsleiter der Elektrizitätswerke zu verhaften. Er wurde verhaftet und acht Tage lang in einem halb dunklen Kellerraum festgehalten. Abgefandte des deutschen Roten Kreuzes und selbst die Gattin des Bürgermeisters wurden nicht zugelassen. Jetzt sitzt er mit zwei anderen Bürgermeistern im Düsseldorf Gefängnis in Einzelhaft.

Besonders roh wird gegen die braven Schutzpolizeibeamten vorgegangen. Sie werden mit der

Meistpeitsche geschlagen und aufs schwerste mißhandelt, weil sie den Eindringlingen pflichtgemäß den Grufz verweigern. Der Strafzug nach Gelsenkirchen wurde unternommen, weil Schutzpolizeibeamte das Feuer erwiderten, als sie aus einem Auto beschossen wurden, das ohne Licht fuhr und dabei von den Beamten angehalten wurde, wobei ein französischer Offizier tödlich verletzt wurde. Da die Stadt die Bezahlung der Buße von 100 Millionen Mark verweigerte, verfuhrte man die zwangsweise Eintreibung und forderte selbst Bürgern auf der Straße das Geld ab. Der französische General Kanzelos äußerte, daß ihm an dem Wohle der Bevölkerung nichts gelegen sei. (Stürmische Beifügung.)

Der Reichskanzler erinnert an die Plünderungen in Bochum, an die Willkür und Unmenslichkeit, die sich die Franzosen dort leisteten. Der Kanzler stellt noch einmal fest, daß diese wenigen Beispiele nur einen geringen Bruchteil des Unrechts darstellen, das tatsächlich verübt wurde.

Der Reichstagspräsident sagte vorgestern bei einem feierlichen Anlaß, daß die Welt erschauern werde, wo in diesem Kampf die Ehre liege. So sieht die Passivseite der französisch-belgischen Siebenwöchigen Bilanz mit dem ersten und am meisten belastenden Posten aus. Rechtsbruch und Unrecht sollen durch eine lügnische Propaganda verdeckt werden. Deshalb heraus mit den Tatsachen des Rechtsbruchs und der Gewalt, damit die Welt unparteiisch das Urteil fällen kann, wo Recht und wo Unrecht liegt.

Die Verbrechen am Rhein und an der Ruhr im Jahre 1923 erinnern an die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges.

Die Ingenieurkommission hat Frankreich auch nicht zu den fehlenden Kohlenmengen verholfen. Es ist vielmehr das Gegenteil der Fall und ich komme damit zum zweiten Posten der Passivseite der französisch-belgischen Bilanz. Rund 14 1/2 Millionen Tonnen Kohle sollte Deutschland im Jahre 1922 liefern. Unter Anspannung aller Kräfte, unter schwerster Belastung der Wirtschaft und großer Anläufe englischer Kohlen war es gelungen, die Leistungsziffer im wesentlichen zu erreichen. Fortlaufend sollte Frankreich 46 500 Tonnen täglich bekommen, ohne daß es dabei eine Hand zu rühren brauchte. Jetzt hat Frankreich in der Zeit vom 11. Januar bis 5. März im ganzen 74 000 Tonnen Kohlen erhalten, etwas mehr also wie die vorgesehene Tagesmenge. Von den 1922 zu liefernden 166 000 Festmeter Holz erhielt Frankreich 92 000, während ihm die Lieferung des Restes bis zum 31. März 1923 zugesagt wurde. Jetzt hat Frankreich nichts erhalten. Zu den verloren gegangenen Werten kommen die Einbußen sämtlicher Reparationsleistungen, wie Maschinen, Wiederaufbaustoffe und Gemittalien. Als dritter Posten auf der Passivseite erscheinen die ungeheuren Aufwendungen für die Truppen, die nur zu einem unwesentlichen Teil aus dem Raub und den Diebstählen von Papiergeld gedeckt sein können, sowie die Werte, die die Truppen zur Unterfütterung der Ingenieurkommission Tag für Tag in steigendem Maße vernichten und die Ausgaben, die dem Reich zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens und der Fürsorgefähigkeit erwachsen.

So sieht die Seite der französisch-belgischen Rhein- und Ruhrbilanz aus, und damit ist die Bilanz zu Ende, denn eine Aktivseite hat sie nicht. (Sehr wahr!) Poincaré wird nichts erreichen. Er hat es wohl dahin gebracht, daß der deutsche Widerstand stärker ist als je zuvor.

Wir werden im passiven Widerstand verharren, bis wir eine vernünftige und einen wahrhaften Frieden sichernde Verständigung erzielt haben.

Dieser Widerstand mußte nicht erst geheren werden, er war da, er ist da und wird da sein bis zum Tage der Befreiung vom Joch des Gegners. (Stürmischer Beifall.)

Der Widerstand ist nicht auf das Gebiet an der Ruhr beschränkt geblieben, sondern er ist überall da, wo Frankreich das Recht bricht. Die Verordnungen der Rheinlandskommission haben den Boden des Reichsalltags verlegt. Ruhr und Rheinland sind nun eins im Kampfe. Auch dieser Kampf hat seine Opfer an Leiden und Lasten. Die ganze Kraft des Staates ist der Selbsterhaltung zugewandt, der Verteidigung seines Bestandes. An Kohlen, Rohstoffen und Aufträgen fehlt es vorerst im unbefetzten Gebiete nicht. Wir sind dem Verfall der Mark mit Erfolg entgegengetreten. Wir werden die Stützungsaktion durchführen, um endlich wieder einen festen Punkt unserer Wirtschaft zu finden. Möge sich kein Reiziger der

Zeichnung der Goldanleihe

entziehen. Helfen wir, daß der Geist von der Grenzmark auch im Binnenland stark und starker wird. Alle sind wir treu der Heimat. Verteidigen wir das Reich nicht mit der Kraft unserer Hände allein, sondern auch mit der ganzen Wärme unseres Herzens, also als den Staat, der Ihr Staat ist im Aufstieg wie im Niedergang. (Lebhafter Beifall.) Um diesen Staat geht es jetzt, um nichts anderes. Kohlen und Holz, Geld und Gut konnte Frankreich von uns im Frieden haben bis Grenze unserer Leistungsfähigkeit, kann es heute haben nach erlangter, freier Verständigung.

Darum geht der Kampf nicht. Seelisch erschöpft und geirrt hat Deutschland vom Waffenstillstand ab ungeheure Werte seiner Wirtschaft an die Gläubiger des Vertrages gegeben. Ingesamt hat es eine Gesamtleistung von 46,8 Milliarden Goldmark erreicht. (Allgemeine Bewegung.) Gleich wurde die Abrüstung durchgeführt, die Kriegsindustrien ihrer Ausrüstung entblößt. Die deutschen Leistungen und die staatlichen Verluste vom 30. September 1922 machen einen Betrag von

56 1/2 Milliarden Goldmark

aus, der bei dem heutigen Dollarstande die unbedenkliche Zahl von 285 Billionen darstellen würde. Das deutsche Volkvermögen ist durch den Krieg und seine bisherigen Folgen auf ungefähr die Hälfte zurückgegangen. Die Welt soll das hören. Die deutschen Opfer gehen unserer Wirtschaft endgültig verloren und kommen der Wirtschaft unserer früheren Kriegsgegner zugute. Die Opfer, die Frankreich bringt, bleiben im Lande.

Der kostspielige Gerichtsvollzieher Poincaré.

Frankreich will Reparationen haben — darum hält es das Rheinland besetzt, dafür ist es in das Ruhrgebiet eingedrungen! Nur als Gerichtsvollzieher! — so behaupten Poincaré und Genossen.

Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Was haben Frankreichs „Gerichtsvollzieher“-Heere erreicht, was haben sie eingebracht?

Wahrlich, der französische Militarismus ist ein kostspieliger Gerichtsvollzieher, der das ganze Reparationsgut, die deutschen Kohlen- und Wiederaufbauleistungen, selber verschlingt.

56,5 Milliarden Goldmark = 282 1/2 Billionen Papiermark (der Dollar zu 20 000 M. gerechnet) betragen die Gesamtleistungen des deutschen Staates in der Zeit vom 11. November 1918 bis 30. September 1922.

In dieser Summe ist der Betrag von 2,8 Milliarden Goldmark für Kohlen- und sonstige Wiederaufbauleistungen enthalten.

Diesen 2,8 Milliarden Goldmark stehen 3,4 Milliarden Goldmark = 17 000 Milliarden Papiermark (bei einem Dollarstand von 20 000 M.) an Besatzungskosten bis zum 30. April 1922 gegenüber.

Folgerung: Die Gerichtsvollzieherkosten, von denen Frankreich entsprechend seiner Truppenstärke den Löwenanteil verbraucht hat, übersteigen das, was das Pfandobjekt einzubringen vermag, bereits um 600 Millionen Goldmark.

Diese 3,4 Milliarden Goldmark = 17 000 Milliarden Papiermark sind für den Wiederaufbau Frankreichs und für den französischen Rentner, sowie für die übrigen Gläubiger verloren.

Und wozu hat der französische Gerichtsvollzieher diese 3,4 Milliarden Goldmark verwendet? Nicht nur für die Deduktion wirklich notwendiger Bedürfnisse, sondern zu einem großen Teile auch zu dem sinnlosesten Luxus zur Verschwendung. Das deutsche Reich hat in der Zeit vom Herbst 1920 bis zum Sommer 1922, also in 1 1/2 Jahren an die Besatzungsbehörden allein an Möbeln und Hausrat beschafft:

1400 Salons, 2600 Herrenzimmer, 5000 Speisezimmer, 10 900 Schlafzimmer, 4600 Küchen, natürlich mit allem übrigen Zubehör. 180 Klummbel-Garnituren, 6300 Stuhl- und 2100 Polstermöbel-Garnituren, 1400 Parkettstühle, 2900 Bettstellen für Erwachsene, 3500 Kinderbetten, 3900 Kleiderkränze, 8400 Waschküchen, 3000 Chaiselongues, ferner 800 Damenstühle, 500 Friseurstühle, 200 Servietten, 6900 Speisefertige, 8900 Kaffeefertige, 38 000 Kaffeetaschen, 4300 Tee- und Kaffeefertige, 25 000 Porzellanplatten, 72 000 Weisweinläger, 51 000 Rotweinläger, 15 000 Portweinläger, 45 000 Sektgläser, 58 000 Vorkläger, 25 000 Weisgläser, 9000 Weinlaraffen. An Leinwandstoff für Bett- und Tischwäsche der Besatzung sind rund 8 Kilometer ins besetzte Gebiet gewandert.

Während also das deutsche Volk, in immer größerer Verelendung geratend, arbeiten muß, um diese sinnlose Verschwendung des Gerichtsvollziehers zu ermöglichen, muß der französische Rentner, muß das zerstückte französische Gebiet, müssen die übrigen Gläubiger warten.

So hat also der französische Gerichtsvollzieher seinen eigenen Mandanten betrogen — und alles das zur höheren Ehre „des französischen Militarismus“.

Unter Betonung der Einheit des deutschen Volks, wie sie der Kampf an der Ruhr gezeigt hat, mahnte der Redner eindringlich zur Verteidigung des schwer gefährdeten Staats. Er erinnerte daran, daß keine deutsche Regierung sich geweiht habe, die aus dem Versailles Diktat folgenden Reparationsleistungen im Rahmen des Möglichen zu erfüllen. Er schilderte die Erfüllungsbemühungen Deutschlands und seine Bemühungen, auch jetzt eine Verständigung herbeizuführen. Aber diese Verständigung kann nicht durch Festsetzungen nach den Wünschen der Gläubiger zustande kommen, sondern durch Verhandlungen, Feststellungen von Mann zu Mann. Staat und Wirtschaft hatten stets Sicherheit geboten und ihnen auch feste Formen gegeben. Sie hatten auch ein der Weltwirtschaft dienendes Verhältnis der französischen und deutschen Industrie vorgeschlagen.

Der Ruhrsinnfall war von vornherein beschlossene Sache.

Im aber die letzte Jurat lahmzuliegen, hatte Deutschland einen Sicherheitsvertrag mit Frankreich vorgeschlagen. Daß Frankreich diesen ablehnte, ändert nichts an der Ehrlichkeit der Erfüllungspolitik. Aber Frankreich will auf dem Wege der Diktate und der Gewalt Deutschland versklaven, wie es dies seit vierhundert Jahren immer verjüht hat. Fort mit dem Gerede über Verhandlungen! rief der Kanzler unter dem lebhaftesten Beifall des Hauses aus. Die Regierung werde keine Unterjochung leisten, deren Erfüllung unmöglich ist und keiner Regelung zustimmen, die die besetzten Gebiete im Stiche läßt. Der Kanzler mußte feststellen, daß trotz der offenkundigen Gewalttaten das deutsche Volk in seinem Kampfe um das Recht noch heute allein steht. Um so stärker appelliere er an das eigene Volk,

nicht zu optimistisch

zu sein, sondern den Kampf so ernst und schwer zu nehmen, wie er es ist, zusammenzufassen in Tapferkeit und Disziplin. Der aufgezwungene Weg muß weitergegangen werden bis die andere Seite einseht, daß das waffenlose Deutschland nicht mit der Waffe zu bestreiten ist und bis die ehrliche Vereinbarung an die Stelle des militärischen Diktats tritt. „Für Kämpfer und Leben wir“, so schloß der Kanzler, „im Kampfe um die eigene Sache, um das Recht der Menschheit!“

Die Aussprache der Kanzlerrede wird heute, Mittwoch nachmittag, beginnen.

Politische Neuigkeiten.

Der Ruhreisenbahnverkehr.

Die Franzosen haben den Hauptbahnhof in Essen noch immer besetzt. Der gesamte Betrieb ruht schon über 50 Stunden. Kein deutscher Eisenbahner befindet sich auf den weiten Anlagen der Rangiergleise. Alle Beamten und Arbeiter haben die Büros, Stellwerke und Werkstätten verlassen. Die französischen Eisenbahner sind bemüht, die auf den Gleisen vorgefundenen Wagen und Maschinen abzufahren. Sie rangieren auf allen Gleisen, machen komplizierte Verschleibungen der Züge und zwar so exakt und geschid, daß die begründete Befürchtung besteht, daß es den Franzosen doch gelingen ist, ortsunabhängig und in den Betrieb eingeführtes Personal zu sich herüberzuziehen, setzen sie doch Löhne aus, die die geltenden Tariffätze um ein mehrfaches übersteigen.

Sie stellen die so angeworbenen Leute in französische Uniformen, um sie vor Entdeckung durch ihre Kameraden zu schützen. Außerdem haben sie eine große Anzahl französischer Eisenbahner nach dem Ruhrgebiet abkommandiert, denen die

deutschen Eisenbahnverhältnisse von Grund auf bekannt sind. Auf diese Weise haben sie so viel Personal bekommen, um die großen Beteiligte wegzuschaffen. So ist es ihnen auch möglich geworden, die in den Bahnhöfen Essen und Bochum stationierten Züge über alle Gleise zu bringen und sie nach dem Bahnhof Essen-6 zu dirigieren, wo der Anschluß an die bereits militärisierte Südstrecke erreicht wird. Über diesen Weg ist die gestrige Deute nach Düsseldorf abgefahren worden.

Der Hauptbahnhof Essen ist nur noch durch ein kleines Kommando abgesperrt, während die Besatzungsmannschaften an den Gleisen bereits zurückgezogen sind. Wann der Bahnhof für den Verkehr wieder freigegeben werden wird, ist noch ungewiß. Im besetzten Ruhrgebiet befinden sich 1152 Kilometer Eisenbahnstrecke, von denen von den Franzosen 155 auf militärisierten Strecken betrieben werden. 70 auf der Nordstrecke und 85 auf der Südstrecke der Ruhrtalbahn. Zwischen Vorhalle und Rünen befindet sich die offene Stelle, durch die sich der Verkehr mit dem unbefetzten Deutschland abspielt.

Unsicherheit in Essen.

Die Unsicherheit in Essen und in der Umgebung nimmt immer größere Formen an. Es haben sich Bänder von Verbrechern gebildet, die bei Eintritt der Dunkelheit in Städte von 30—50 Mann in die Geschäfte eindringen und diese ausplündern. Am Samstag wurde ein großes Herrengarderobengeschäft vollkommen leer geplündert. Eine andere Bande versuchte in dem großen Warenhaus Althoff einzubrechen, sie wurde schließlich von der alarmierten Feuerwehr vertrieben, aber es gelang, eine Anzahl Verbrecher festzunehmen. Samstagabend wurde das Weinlokal Trocadero gestürmt; dabei wurde die Garberabe der Gäste im Werte von 15 Millionen Mark total ausgeraubt. Die Feuerwehr ist jede Nacht drehende von Ralen unterwegs, um gegen diese Bänder einzufahren. Da Essen immer noch ohne Polizei ist, bleibt die Feuerwehr der letzte Rettungssanker, an den sich die bedrohte Essener Bürgererschaft klammert. Nach französischer Mitteilung sollen das Präsidium und die Polizeireviere in der nächsten Zeit geräumt werden; sie sollen der neugegründeten Polizei zur Verfügung gestellt werden. Da aber die Gründung der Polizei vom dem Minister verboten ist, wird Essen weiterhin ohne polizeilichen Schutz bleiben müssen. Unter den verhafteten Bandenmitgliedern sind ein großer Teil Auswärtiger festgestellt worden, die sich die polizeilose Zeit zunutze machen, um hier ihrem lichtscheuen Handwerk nachzugehen.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Die deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich bis Ende Februar 1922 betragen: die Gutschriften bei der Reparationskommission 1 489 288 000 Frs., während die französische Regierung dafür 2 62 263 000 Frs. erlöste, so daß sie also noch einen Sondergewinn von 1,13 Milliarden Franken erzielte. Der französische Finanzminister de Laforest hat den Sondergewinn der Franzosen sogar noch viel höher berechnet. Denn nach ihm hatten die deutschen Brennstofflieferungen bis Ende September 1920 einen Wert von: 2 571 546 000 Frs., während die Gutschriften dafür nur 960 000 000 Frs. betragen.

Stichtag	in 1000 Tonnen	Ablieferung, an Entwurf in 1000 Tonnen
Januar	12 166	1631
Februar	11 456	1221
März	13 418	1744
April	11 289	1796
Mai	12 120	1818
Juni	9 098	1614
Juli	9 589	1594
August	10 206	1258
September	10 167	1436
Oktober	10 753	1433
November	10 456	1515
Dezember	9 684	1556

Nach französischen Berechnungen hat das deutsche Lieferungsoll in den ersten elf Monaten 1922 13,8 Millionen Tonnen betragen, die tatsächlichen Lieferungen 11,7 Millionen Tonnen. Nach den deutschen Aufzeichnungen sind die Aufstände noch wesentlich geringer: im Dezember, also in dem der Feststellung der deutschen Befehlshaber unmittelbar vorausgegangen Monat, hat Deutschland von einer Pflichtlieferung von 1 600 000 Tonnen tatsächlich 1 585 400 Tonnen abgeliefert, so daß also alles in allem der Betrag von 14 600 Tonnen fehlt.

Wo bleibt das Gewissen der Welt?

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt anlässlich der unmenschlichen französischen Justizurteile gegen deutsche pflichttreue Beamte in einer ihrer „Bemerkungen“ in Nr. 172 folgendes:

„Die Franzosen gehen in der Unmenschlichkeit ihrer Urteilsfällung immer weiter. Sie haben nunmehr den Oberbürgermeister von Vismars und Vorsitzenden des pfälzischen Kreistags Strobel wegen Gehorsamsverweigerung gegenüber einem Befehl des Kreisdelegierten zu vier Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe, den zweiten Bürgermeister Kömmerling zu fünf Jahren Gefängnis und 15 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Die Verhandlung hatte genau festgestellt, daß die beiden Kommunalbeamten in früheren Jahren den Befehlen der Rheinlandskommission pflichtgemäß nachgekommen waren. Jemand eine Pflichtenverletzung kommt auch im jetzigen Falle nicht in Frage; vielmehr haben sie durchaus pflichtmäßig nach einer Anweisung der bayerischen Staatsregierung vom 21. Januar gehandelt, die ihnen die Befolgung der vertragswidrigen Ordnungen der Rheinlandskommission gebot. Die Verteidigung fragte das Kriegsgericht mit Recht, wie es sich eigentlich verhalte, daß deutsche Beamte ihren Dienst eid brächen; sie appellierte an die französische Justiz, die Leute, die nur ihre Pflicht getan hätten, nicht verurteilen könnte. Umsonst! Die Justiz Frankreichs im Rheinland verurteilt gegen die Voraussetzungen jedes Rechts; sie stellt sich nicht mehr die Frage, die sich jeder gerechte Richter zu stellen hat, ob der Angeklagte überhaupt eine freiwillige und zu verantwortende Entscheidung getroffen hat. Man könnte es schließlich begreifen, wenn die Franzosen die deutschen Beamten, die ihnen im Wege stehen, vom Dienste suspendieren würden; denn das mag ihre Politik erfordern. Wir werden aber nie aufhören, darauf hinzuweisen, daß es unmenschlich und sinnlos ist, die Beamten mit Frau und Kind auszuweisen, und daß es den Gipfel der Unmenschlichkeit darstellt, die völlig Schuldblosen auf Jahre ins Gefängnis zu werfen. Nun liegt schon eine ganze Reihe hoher deutscher Beamten, die ein Leben der Rechtfertigung hinter sich haben, im Gefängnis, der französischen Made preisgegeben; immer noch nicht empört sich das Gewissen der Welt über dieses Vorgehen, dessen Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit außer jeder Frage steht; ganz Deutschland aber gedenkt dieser standhaften Männer, die für ihr Volk leiden!“

Botschafter Mayer †.

Der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer ist gestern früh in der Klinik des Prof. Sauerbruch in München seinem schweren Magenleiden erlegen. Bei dem vor 6 Tagen vorgenommenen Probechnitt konnte nur die Unheilbarkeit des Leidens und die Unmöglichkeit einer Operation festgestellt werden. Der Botschafter starb an Entzündung.

inen Liter Milch bei 500 M. eine Unschaffener von 11 20 M. entrichtet werden muß; dazu Frachtkosten von ca. 30 M. per Liter. Der Milchhändler verdient aber nur bei einem durchschnittlichen Umsatz von 150 Litern pro Tag 2400 M.; das ist für einen selbständigen Geschäftsmann gewiß ein kläglicher Verdienst. — Auch die Verteilung der Milch ist alles andere als nicht hygienisch einwandfrei. Der Straßenverkauf müßte einem anderen Modus weichen.

Mit dem Hinweis, daß die Aussprache zum Wohle der Allgemeinheit, als auch der Milchhändler beitragen möge, wurde die anregend verlaufene Besprechung geschlossen.

Kommunalpolit. Rundschau.

Bevölkerungsbewegung

KK Zeiten wirtschaftlicher und kultureller Not pflegen auf die Bevölkerungsbewegung nicht ohne Einfluß zu haben, und die bisher bekannt gewordenen Ziffern der Bevölkerungsstatistik, die aus dem statistischen Reichsamte stammen, erwecken so erste Befürchtungen, daß nicht nur der Bevölkerungsanstieg, der sich mit diesen Ziffern berufsmäßig zu befassen hat, sondern auch die weitere Öffentlichkeit ihnen die größte Aufmerksamkeit zuwenden muß. Auch die nachfolgenden Ziffern, die die im ersten Halbjahr 1922 in Preußen verzeichneten Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle verzeichnen, reden, auch wenn man im preussischen Statistischen Landesamt zu Berlin, das diese Ziffern zusammengestellt hat, in den Schlussfolgerungen sehr zurückhaltend ist, eine deutliche Sprache. In jedem Falle enthalten diese statistischen Angaben (deren Zusammenfassung und Erläuterung wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, viele bemerkenswerte Einzelheiten.

Im ersten Vierteljahr 1922 wurden 239 926, im zweiten 233 897 Kinder als geboren gemeldet. Da die mittlere Staatsbevölkerung des zweiten Vierteljahres (33 095 628) größer als die des ersten (33 050 573) war, so ergab sich für das erste eine höhere Geburtenziffer als für das zweite (2,512 Prozent gegen 2,456 Prozent).

Nach dem Geschlecht waren es im ersten Vierteljahr 124 572 Geburten männlich und 115 354 weiblich, im zweiten 121 299 männlich und 112 598 weiblich; auf 100 geborene Mädchen kamen also 107,92 und 107,73 Knaben. Von den Geborenen waren im ersten Vierteljahr 215 302 ehelich und 24 624 unehelich, im zweiten Vierteljahr 210 083 ehelich und 23 814 unehelich, was für beide Quartale die Abkunftsziffer 11,4 Prozent ergibt, die im Vergleich zu früheren Jahren als hoch anzusehen ist. Ferner kamen von den Geborenen des ersten Vierteljahres 231 476 lebend und 8450 tot, von denen des zweiten 228 287 lebend und 7615 tot zur Welt, so daß sich das Verhältnis der Lebendgeborenen zu den Geborenen überhaupt auf 98,48 Prozent und 96,75 Prozent stellte. Beide Ziffern zeigen damit eine Abnahme gegenüber früheren Jahren; sofern die beiden nächsten Vierteljahre nicht wesentlich höhere Ziffern aufbringen, wird der Durchschnitt einen Tiefstand darstellen. Im Augenblick scheint es so, als ob die Totgeburtensziffer zunimmt. Bei der Auszählung nach dem Familienstand der Mütter fanden sich in beiden Vierteljahren einige wenige Fälle unehelicher Geburt der Kinder bei verheirateten Müttern.

Die Mutterprache der Eltern der neugeborenen ehelichen Kinder war in 96 Prozent der Fälle deutsch, desgleichen die Mutterprache des einen Teils der Eltern unter Einschluss der Mütter der unehelichen Kinder. Daneben sind die Fälle von Geburten aus nichtdeutschem Sprachkreis ohne Bedeutung und belagen nichts im Vergleich zu der großen deutschen Bevölkerung, die jetzt unter polnischer Herrschaft zu leben gezwungen ist.

Als Mehrlingskinder kamen im ersten Vierteljahr 5751, im zweiten 5209 Kinder zur Welt; darunter waren 365 bzw. 274 Totgeborene, also 6,35 und 5,17 Prozent; das besagt, daß die Totgeburtensziffer bei den Mehrlingsgeburten fast doppelt so groß war wie bei der Gesamtzahl der Geburten.

Im ersten Vierteljahr 1922 wurden 78 119, im zweiten Vierteljahr 120 819 Ehen in Preußen als geschlossen gemeldet. Von diesen entfielen bei richtiger Verteilung der Nachträge auf den Januar 23 307 oder 752 täglich, auf den Februar 29 531 oder 1056 täglich, auf den März 25 837 oder 831 täglich, auf den April 27 961 oder 1265 täglich, auf den Mai 42 988 oder 1385 täglich, auf den Juni 39 470 oder 1316 täglich.

Die Heiratsziffer (das heißt das Verhältnis der Eheschließungen auf 1000 Einwohner) war im ersten Vierteljahr 0,518 Prozent, im zweiten 1,269 Prozent.

Dem bisherigen Familienstand nach waren von den heiratenden Männern 67 609 bzw. 106 941, von den heiratenden weiblichen Personen 68 339 bzw. 103 478 ledig. Unter den Frauen war also der Anteil der Ledigen etwas größer als bei den Männern. Verwitwet waren 7481 und 9864 heiratende Männer und 7452 und 9854 heiratende Frauen; im ersten Vierteljahr war also hier der Unterschied der Geschlechter nur sehr gering, um so größer war er im zweiten. Geschieden waren 3029 und 4014 wiederheiratende Männer und 2328 und 2987 wiederheiratende Frauen; das Übergewicht lag also diesmal beträchtlich bei den Männern. Blutsverwandte waren die Eheschließenden vor Eingang der Ehe nur in einer geringen Zahl von Fällen (142 und 293). Personen, die ihren Namen nicht schreiben konnten, heirateten in 193 und 216 Fällen, darunter 184 Männer und 225 Frauen. Die Mutterprache dieser Analysierten war zu einem beträchtlichen Teil nicht die deutsche. Insgesamt gaben von sämtlichen heiratenden Personen 97,1 Prozent und 97,2 Prozent deutsch als Muttersprache an.

Eine weitere Tabelle gibt Aufschluß über die Religionszugehörigkeit der Heiratenden. Das Verhältnis der Zahl der Heiratenden des ersten Vierteljahres zu der des zweiten war wie 1:1,5. Bei den Evangelischen stellte es sich auf 1:1,7, bei den Katholiken auf 1:1,4, bei den Juden auf 1:1,2. Der Einfluß der Kalendermonate hat sich also bei letzteren am wenigsten, bei ersteren am stärksten geltend gemacht.

Als verstorben wurden (ohne die Totgeborenen) im ersten Vierteljahr 166 619, im zweiten 134 273 Personen gemeldet. Davon entfielen auf den Januar die meisten Todesfälle, nämlich 65 976, das sind 2128 für den Tag. Die Sterbeziffer war im ersten Quartal 1,745 Prozent, im zweiten 1,410 Prozent. Unter den Gestorbenen fanden 82 884 oder 19,7 Prozent und 28 981 oder 21,6 Prozent im ersten Lebensjahr, 12 127 oder 7,3 Prozent und 10 883 oder 8,1 Prozent im ersten Lebensmonat.

Durch die Todesfälle wurden im ersten Vierteljahr 55 582, im zweiten 44 129 Ehen gelöst. Diese Ehen sind nach ihrer Ehebauer ausgegliedert worden. Dem Familienstand nach waren von 100 Gestorbenen im ersten Vierteljahr (im zweiten Vierteljahr) ledig: 44,6 (47,3) männlich, 37,6 (41,1) weiblich; verheiratet: 33,0 (37,3) männlich, 28,8 (28,2) weiblich; verwitwet: 17,0 (15,0) männlich, 33,1 (30,1) weiblich; geschieden: 0,4 (0,5) männlich, 0,6 (0,6) weiblich. Danach starben jeweils mehr ledige und verheiratete Männer, aber jeweils mehr verwitwete weibliche Personen.

Staatsanzeiger.

Staatsprüfung für den mittleren maschinentechnischen Dienst.

Die Nachgenannten haben die im Februar 1923 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren maschinentechnischen Dienst bestanden und gemäß § 8 der durch Staatsministerialentscheidung vom 20. Dezember 1921 abgeordneten Landesberuflichen Verordnung vom 3. Oktober 1908 die Bezeichnung staatlich geprüfter Maschinenbaumeister erlangt:

Baumann, Otto, aus Karlsruhe, Baumstark, Karl, aus Karlsruhe, Bestler, Bertold, aus Malsch (Amt Ettlingen), Birkenmaier, Karl, aus Bruchsal, Fischer, Friedrich, aus Lahr, Fischer, Konrad, aus Wasser (Amt Emmendingen), Fütterer, Karl, aus Gaggenau, Geisler, Emil, aus Karlsruhe, Gäß, Karl, aus Erdmannweiler, Geß, Emil, aus Karlsruhe, Ger-

manaus, Eugen, aus Karlsruhe, Gunkler, Ludwig, aus Oberfinken b. Birnmasens (Walg), Karcher, Ludolf, aus Waldprechtswiler, Kempf, Albert, aus Karlsruhe, Klatt, Walter, aus Pforzheim, König, Wilhelm, aus Durlach, Nüniger, Karl, aus Karlsruhe, Kupferschmid, Karl, aus Gallingen, Lahr, Wilhelm, aus Karlsruhe, Maurer, Karl, aus Karlsruhe, Moos, Adolf, aus Karlsruhe-Darlanden, Pracht, Eugen, aus Gießelstein, Richter, Karl, aus Baden-Baden, Rothstein, Emil, aus Württemberg, Schäfer, Karl, aus Karlsruhe, Schindler, Peter, Heinrich, aus Karlsruhe, Stürk, Arthur, aus Durlach, Uhl, Heinrich, aus Gaißach i. B., Vogel, Alfred, aus Karlsruhe, Walter, Hermann, aus Pforzheim, Weber, Alfred, aus Karlsruhe-Darlanden, Wente, Ferdinand, aus Bruchsal, Ziegler, Karl, aus Karlsruhe-Durlach.

Karlsruhe, den 6. März 1923.

Der Minister der Finanzen,
J. B. Dr. Steinbrenner. Wösch

Bekanntmachung.

Kirchensteuererhebung in Mannheim.

Der Minister des Kultus und Unterrichts hat gemäß § 23 Abs. 2 der Evangelischen Landeskirchensteuerverordnung und § 18 Abs. 2 der Evangelischen Ortskirchensteuerverordnung seine Zustimmung dazu erklärt, daß Einzug und Betreibung der evangelischen Landes- und der evangelischen Ortskirchensteuer innerhalb des Ortskirchensteuerverbandes Mannheim für das Kirchensteuerjahr 1922 durch die Evangelische Kirchensteuererhebungsstelle Mannheim unter Anwendung der einschlägigen Vorschriften der katholischen Landeskirchensteuerverordnung und der katholischen Ortskirchensteuerverordnung erfolgt.

Karlsruhe, den 24. Februar 1923.

Der Minister des Kultus und Unterrichts,
J. A. Dr. Warting.

Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Staatsministeriums.

Planmäßig angestellt:
Amtsgehilfe Karl Lader beim Staatsministerium.
Ministerium des Innern.

Zurückgesetzt:
Hausmeister Christian Weerwart beim Bezirksamt Bruchsal.
Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Vertreten:
dem Privatdozenten an der Universität Heidelberg Dr. Otto Zentschlaender die Dienstbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Ernannt:
den planmäßigen außerordentlichen Professor für Sozialpolitik Dr. Emil Leberer an der Universität Heidelberg mit Wirkung vom 1. April 1923 zum planmäßigen ordentlichen Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft d. s. f. Oberlaborant Josef Kauf der Universität Freiburg zum Technischen Sekretär d. s. f. s. f.

— Evangelischer Oberkirchenrat. —
Ernannt:
Verwaltungsassistent Wilhelm Breunig bei der Evangelischen Stiftskassette in Sinsheim zum Finanzsekretär.
Ministerium der Finanzen.
Entlassen auf Ansuchen:
Charlotte Stumpf, Finanzassistentin.

P. P.
Hiermit beehre ich mich, Ihnen die ergebene Mitteilung zu unterbreiten, daß ich das von meinem verstorbenen Manne unter der Firma

Grund & Oehmichen

betriebe Installations-Geschäft mit Großhandlung und Kleinverkauf in elektrischen Bedarfsartikeln in unveränderter gleich streng reeller Weise wie bisher unter der gleichen Firma weiter führe. Durch langjähriges, tüchtiges und gutgeschultes Personal bin ich in der angenehmen Lage, sämtlichen Anforderungen durchaus gerecht zu werden und alle Aufträge prompt erledigen zu können. Indem ich die Gelegenheit gerne wahrnehme, für das der Firma bisher in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen bestens zu danken, bitte ich höflich, ihr dasselbe auch fernerhin bewahren zu wollen. In dieser angenehmen Erwartung

hochachtungsvoll
Frc. Clara Oehmichen, geb. Betsch,
i. Fa. Grund & Oehmichen,
Karlsruhe i. B., Waldstraße 26. B 290

BAUBUND-MÖBEL

in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.

Eigene Verkaufsstellen:
KARLSRUHE, Karlsruherstr. 22
FREIBURG, Kaiserstr. 27
BRUCHSAL, Gewerbehalle a. Markt
PFORZHEIM Theaterstr. 15
OFFENBURG, Steinstr. 2
MOSBACH, Hauptstr. 12
MANNHEIM, Schloß, rechter Flügel, Reitbahn

B.169

BADISCHER BAUBUND G.M.B.H.

Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Telephon 5157. Karlsruhe am Rondellplatz.

Stehende Bäume in Gärten

zum Fällen und Kauf werden jederzeit übernommen. Zu erfragen unter Nr. B. 287 bei der Expedition dieses Blattes.

Papiere

wie B.167

Pack-, Einwickel-, Schreibmaschinen-, Post-, Kanzlei-, Saugpost-, Abzug-, Durchschlag-, Prospekt-, Löscher-, Seiden- (chlor- und säurefrei und paraffiniert), Oelf-, Papiere aller Art

Kartons für die gesamte Industrie liefert prompt ab Lager zu günstigen Preisen

Herm. Haug

Papiergroßhandlung
Eßlingen a. N., Postfach 24.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, 8. März. 7—10 Uhr. Sp. I. Abt. 3600 M. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3401—3700.

Robert und Bertram.

Wegen Heimzahlung der Anleihen von 1903 und 1913 werden neue Zinsföhndungen nicht mehr ausgegeben; der Erneuerungsschein gilt als letzter Zinsföhndung der gen. Anleihen. B289
Karlsruhe, den 5. März 1923.
Der Oberbürgermeister.

Metallbetten

Stahlnatr., Runderbett, direkt an Private, Katalog 78 R. frei. Eisenmöbelfabrik Suhr (Thür.).

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
R. 367. Karlsruhe. In dem Konkurs üb. den Nachlaß d. Bauunternehmers Ludwig Meiß, hier, soll die Schlussverteilung stattfinden. Hierzu sind verfügbar Nr. 54 680.88. In diesem Betrag kommen in Abzug die z. Zt. noch nicht bezifferten Gerichtslosten, sowie Kosten dieser Veröffentlichung.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen kann auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Karlsruhe A 5 eingesehen werden.
Karlsruhe, 6. März 1923.
Der Konkursverwalter:
Dr. Ziegler,
Rechtsanwalt.

Verchiedene Bekanntmachungen.

Stammholzversteigerung des Bad. Forstamts Geroldsheim aus den Staats-

waldungen Schmäde-Langwe, Ransberg, Weichel, Paimarer Holz am Samstag, den 17. März 1923, vormittags 9 Uhr, in der Rügischen Halle in Landa gegen Barzahlung: 146 Eichen II.—VI. Kl. = 92 fm.; 30 Rothbuchen I. bis IV. Kl. = 29 fm.; 46 Hainbuchen IV.—VI. Kl. = 10 fm.; 2 Esbeer V. bis VI. Kl.; 1 Birke VI. Kl.; 1 Horn IV. Kl.; 7 Fichten und Weisstannen III.—VI. Kl. Auszüge durch das Forstamt. Vorzeiger für Schmäde-Langwe, für Ransberg Forstwart Henninger in Oberschöps, für Weichel Waldhüter Wager in Paimar, für Paimarer Holz Waldhüter Leßch in Paimar. R.368

Holzversteigerung

Bad. Forstamt Guchenfeld in Pforzheim versteigert gegen Barzahlung innerhalb vier Wochen am Dienstag, 20. März d. J., mittags 12 Uhr, im Gasthaus „zum Hirschen“ in Unterriedenbach etwa 3100 fm Tannen- u. Föhrenstämme und Abfälle. Auszüge durch das Forstamt gegen Erlass der Selbstkosten. R.368

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Engen. R.356 Güterrechtsregistereintrag Band I, Seite 418: Bentler, Friedrich, Betriebsleiter in Weilerdingen, und dessen Ehefrau Johanna geborene Reichle ebenda. Vertrag vom 9. Februar 1923. Ertragsgemeinschaft. Das eingetragene Vermögen der Frau ist ihr Vorbehaltsgut. Wiesloch, 27. Febr. 1923. Bad. Amtsgericht.	Wiesloch. R.358 Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 367: Hermann, Paul, Hauptlehrer in Wiesloch, und Elisabetha Laier. Vertrag vom 9. Februar 1923. Ertragsgemeinschaft. Das eingetragene Vermögen der Frau ist ihr Vorbehaltsgut. Wiesloch, 27. Febr. 1923. Bad. Amtsgericht.
---	---

Bereins-Register.

Ettlingen. R.323
Im Vereinsregister D.-B. 21 wurde beim „1. Sportverein Wörth“ in Wörth eingetragen: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 12. Jan. 1923 wurde § 6 Absatz 2 der Satzung (Aufnahmegebühr u. Monatsbeitrag) geändert.
Ettlingen, 23. Febr. 1923.
Amtsgericht.

Engen. R.357
Güterrechtsregistereintrag Band I, Seite 419: Nath, Gottlob, Kaufmann in Immendingen, und dessen Ehefrau Maria geborene Almer ebenda. Vertrag vom 22. Februar 1923. Gütertrennung.
Engen, 23. Febr. 1923.
Amtsgericht, Gerichtsschreiberei.

Mannheim. R.364
Zum Güterrechtsregister Band XV wurde heute eingetragen:
1. Seite 57: Albrecht, Ludwig, Kaufmann, und Martha geb. Wagners in Mannheim. Durch Vertrag vom 20. Februar 1923 ist Gütertrennung vereinbart.
2. Seite 58: Schneider, Konrad, Maurer, und Verita geb. Karzer in Mannheim-Käfertal. Durch Vertrag vom 15. Februar 1923 ist Gütertrennung vereinbart.
Mannheim, 3. März 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Wiesloch. R.358
Güterrechtsregistereintrag Band I, Seite 459: Bauer, Heinrich, Wagenführer in Wiesloch, u. Margareta geb. Luch, Vertrag vom 7. August 1915. Gütertrennung.
Wiesloch, 27. Febr. 1923.
Amtsgericht 1.

Mannheim. R.359
Zum Vereinsregister Bd. IX D.-B. 35 wurde heute eingetragen: „Vereinigung für Hauspflege“ in Mannheim.
Mannheim, 14. Febr. 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. R.360
Zum Vereinsregister Bd. VIII D.-B. 27 Kraft-Sport-Club Mannheim Nord e. B. in Mannheim wurde heute eingetragen: Der Vereinsname ist geändert in: „Verein für Sport und Körperpflege Mannheim Nord.“
Mannheim, 26. Febr. 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.